



Frank Hofmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 73820

Fax 030 227 – 76330

E-Mail: [frank.hofmann@bundestag.de](mailto:frank.hofmann@bundestag.de)

16. März 2011

## Aus der Katastrophe lernen – Sicherheit jetzt

*Zu der morgigen Abstimmung im Deutschen Bundestag zur Abschaltung der ältesten Atomkraftwerke erklärt der Bundestagsabgeordnete und unterfränkische SPD-Bezirksvorsitzende, **Frank Hofmann**:*

„Atomkraft ist nicht beherrschbar. Diese Tatsache müssen wir in Deutschland endlich anerkennen und den Ausstieg aus dieser Risikotechnologie so schnell wie möglich vollziehen. Ich fordere die unterfränkischen Koalitionsabgeordneten daher auf, auch selber Farbe zu bekennen“, fordert Frank Hofmann bezüglich der im Bundestag anstehenden Regierungserklärung zur aktuellen Lage in Japan und den Konsequenzen für die deutschen Atomkraftwerke. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die sofortige Abschaltung der ältesten deutschen Reaktoren.

„Auf Antrag der SPD findet im Bundestag eine namentliche Abstimmung explizit für die Abschaltung der gefährlichsten Meiler statt. Es muss nach den schrecklichen Ereignissen nun auch für die Regierungsfractionen klar sein, dass wir uns nicht weiter dieser atomaren Gefahr aussetzen können. Ich hoffe daher, dass auch Norbert Geis, Dorothee Bär, Michael Glos, Paul Lehrieder und Joachim Spatz für die Abschaltung stimmen.“

„Die acht ältesten und gefährlichsten Meiler in Deutschland vom Netz zu nehmen, ist jetzt der erste und wichtigste Schritt. Wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung ihren Ankündigungen Taten folgen lassen will, muss sie dafür auch rechtlich bindende Grundlagen schaffen“, so Frank Hofmann. „Es steht bisher zu befürchten, dass nach Ablauf des Moratoriums alte Meiler wieder ans Netz gehen und kein nennenswerter Zugewinn an Sicherheit eintreten wird.“ Ohne eine gesetzliche Grundlage hat das von der Kanzlerin ausgerufene Moratorium keine rechtliche Wirkung gegenüber den Betreibern der Atomkraftwerke, die sich auf die nach wie vor geltende Rechtslage des Atomgesetzes berufen können. Nach der von Bundesminister Norbert Röttgen vorgeschlagenen rechtlichen Regelung könnten die entstandenen Betriebsausfälle im Zweifelsfall sogar auf die Gesamtlaufzeit der uralten Meiler aufgeschlagen werden.

Pressemitteilung